

12 MENSCHEN

FORTSETZUNG VON SEITE 11

Als internationaler Unternehmer weiss ich, dass es ein grosser Vorteil für die Wohlfahrt der Schweiz ist, dass die Politiker in der Schweiz nicht allein bestimmen können, weil die Bürger – nicht die Politiker – das letzte Wort haben. Könnten Politiker bei uns allein bestimmen, wäre die Schweiz heute in der EU und läge wirtschaftlich am Boden.

Die Schweiz hat nach 1992 den bilateralen Weg aufgebaut ...

...welch bedeutendes Wort für eine Luftblase ...

...jetzt wurde die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Und Sie sagen: Die Personenfreizügigkeit brauchen wir nicht mehr.

Wir brauchten sie nie. Die angenommene Zuwanderungsinitiative ist das Gegenteil der Personenfreizügigkeit. Kontingente und Inländervorrang lassen sich damit nicht vereinbaren. Falls die EU nicht über Anpassungen verhandeln will oder die Schweizer Behörden diese vom Volk beschlossene Lösung nicht durchsetzen wollen, muss das Freizügigkeitsabkommen gekündigt werden. Dafür wird sich die SVP einsetzen. Wir ha-

« Es ist gut, wenn wir Menschen Angst haben vor der Zukunft. »

ben ein Initiativprojekt in der Schublade, um die Freizügigkeit zu kündigen. Das ist ein vorbehaltener Beschluss, falls die Zuwanderungsinitiative hintertrieben wird.

Sie sagen auch, eigentlich brauche es die Bilateralen nicht mehr, das Freihandelsabkommen von 1971 genüge. Auch das sage ich nicht. Legen Sie mir keine falschen Worte in den Mund.

Sie haben die Bedeutung der Bilateralen klar relativiert.

Das ist richtig. Der Wohlstand der Schweiz steht und fällt nicht mit den Bilateralen I. Will die EU darauf verzichten, ist dies nicht der Untergang der Schweiz und daher in Kauf zu nehmen. Ich sah mir jeden Vertrag im Detail an. Ich fragte: Was geschieht, wenn wir jeden einzelnen Vertrag nicht mehr haben würden?

Mit welchem Resultat?

Es sind nicht diese Verträge, die zum Schweizer Wohlstand geführt haben. Auch wenn das einer dem anderen nachschwätzt: Es geht unserem Land so gut, weil wir ein unabhängiges, demokratisches, föderalistisches, weltoffenes und neutrales Land sind.

Die Stimmung im Land ist selbstüberheblich. Manchmal erhält man das Gefühl, viele Schweizer glaubten, sie seien ein von Gott auserwähltes Volk. Gerade, wenn man Sie hört.

Welcher Unsinn! Dass es der Schweiz relativ gut geht, ist unbestritten. International liegt die Schweiz praktisch überall an der Spitze. Aber am gefährlichsten sind Zeiten, in denen es gut geht.

Die Wohlstandsoase Schweiz fremde mit der Zukunft, schrieb der Philosophieprofessor Dieter Thomä in der «NZZ»: Die Schweiz habe Angst. Einverstanden?

Nichts ist schwerer zu ertragen als eine Reihe von guten Tagen. Es ist gut, wenn wir Menschen Angst haben vor der Zukunft. Das hindert uns vor Fehlentscheidungen. Wer sich im Wohlstand suhlt, geht zugrunde. Ich kenne genügend Unternehmen, denen das passiert ist.

Angst ist für einen Unternehmer eine gesunde Triebfeder, sagen Sie. Aber ist Angst auch eine Grundlage dafür, wie sich ein Staat organisieren soll?

Die Angst, unterzugehen, darf auch beim Unternehmen nicht die einzige Triebfeder sein. Beim Staat ist es dasselbe.

Bewirtschaften Sie Ängste?

Vorhin sagten Sie, ich spräche von der Schweiz als Paradies, das von Gott gegeben sei. Und jetzt soll ich Ängste bewirtschaften. Was gilt jetzt?



AUS DEM ARCHIV
Mit Treicheln und Krawatte: Blocher während des Abstimmungskampfs über den EWR-Beitritt 1992. KEYSTONE

ALT-BUNDES-RAT UND MILLIARDÄR

Zum Gespräch empfängt Christoph Blocher, geboren am 11. Oktober 1940, in seinem Büro seiner Firma **Robininvest** in Männedorf ZH. Dort verbringt er wieder mehr Zeit, seit er Ende Mai als SVP-Nationalrat zurücktrat, um sich seinem politischen Lebenswerk zu widmen: **dem Kampf gegen die Annäherung der Schweiz an die EU.** Er hatte dem Parlament rund 26 Jahre angehört. Von 2003 bis zu seiner Abwahl 2007 war er Bundesrat und dort **zuständig für das Justizdepartement.** Er ist verheiratet mit Silvia Blocher und hat drei Töchter und einen Sohn. **Ihnen hat er seine Unternehmen, darunter die Ems-Gruppe, verkauft,** als er 2003 in den Bundesrat gewählt wurde. Die Ems-Gruppe ist inzwischen knapp 10 Milliarden Dollar wert. (ATT/AC)



Beides. Sie schüren die Angst vor der Vertreibung aus dem Paradies.

Im Paradies sind wir nie und werden wir auch nie sein. Die ersten Menschen wurden ja aus dem Paradies wegweisen, allerdings mit der Verheissung: «Im Schweisse deines Angesichts wirst du dein Brot essen.» Und wenn heute jemand in der Schweiz als Diktator bezeichnet wird, weil er die Einhaltung der Bundesverfassung fordert, deutet das nicht gerade auf paradiesische Zustände hin ...

Sie selbst haben begonnen, Parlamentarier und Behörden als Diktatoren zu bezeichnen. Ein heftiger Vergleich. Das nicht. Aber wenn Behörden und Gerichte, die für die Gesetzesanwendung zuständig sind, den Gesetzgeber – also den Souverän – entmachten, so führt dies zur Diktatur. Gleichgültig, unter welchen Schlagworten dies geschieht. Diktatur kommt von «diktieren».

Zuvor bezeichneten Sie Hitler als wahren Diktator. Das war er auch – ein übler zudem.

Sie können nicht ernsthaft Schweizer Parlamentarier und Behörden in die gleiche Reihe mit Hitler stellen. Das machen jetzt Sie, nicht ich. Aber die jetzige Klasse politique ruiniert so die Schweiz. Davon bin ich überzeugt.

Warum verwenden Sie als geschichtsbewusster Mensch das Wort Diktatur im Zusammenhang mit der Schweiz?

Die Schweiz ist keine Diktatur und darf es auch nicht werden. Aber die Klasse politique hebt Beschlüsse der Bürger mit dem Verweis auf höheres Recht aus. So versucht sie, die Macht an sich zu reißen. Sie will entgegen der Verfassung diktieren. Das ist diktatorisch und das Ende der erfolgreichen Schweiz.

Das kann man auch Ihnen vorwerfen: Sie wollen die Schweiz nach Ihrem Gusto umkrempeln.

Wo handle ich gegen den Rechtsstaat? Scheinbar leidet die Klasse politique unter der Diktatur der schweizerischen Bundesverfassung. Was man mir vorwerfen kann: dass ich mich enorm für meine Überzeugung einsetze. Allerdings haben unsere Gegner fast die ganze Presse auf ihrer Seite, 30 000 Bundesbeamte, die von morgens bis abends Strategieüberlegungen machen, wenn sie sich nicht gerade nackt im Büro fotografieren. Und dazu noch all die Wirtschaftsverbände, die Gewerkschaften. Sie alle überlegen, wie man die Rechte des Volkes schwächen kann.

Wenn Sie so argumentieren wie jetzt gerade, ist es für bürgerliche Parteien

wie FDP oder CVP unmöglich, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Weshalb?

Weil Sie nicht nachgeben.

Bei den Staatssäulen bin ich relativ stur, ja. Aber ich bin für echte Kompromisse. Ich weiss, was das ist – ich bin schliesslich schon recht lange verheiratet. (lacht)

Stehen Sie hinter den Asyl-Plänen der SVP?

Voll und ganz. Schengen-Dublin verbietet der Schweiz Grenzkontrollen. Damit kann jeder kommen. Dafür versprachen die Politiker, dass dann alle, die illegal über die Grenze kommen, ins europäische Ermland zurückgeschickt werden können. Aber Schengen-Dublin funktioniert nicht und wird nicht durchgesetzt. Das Asylchaos muss endlich gelöst werden. Der Bundesrat liess ins Abstimmungsbüchlein schreiben, Schengen-

« Es ist eine Illusion, alle aufzunehmen zu wollen, die in einer Militärdiktatur leben. »

Dublin koste 7,4 Millionen pro Jahr. Schengen-Dublin kostet heute 110 Millionen pro Jahr. Man sagte, es kämen praktisch nur noch Flüchtlinge mit dem Flugzeug. Alles falsch. Wann wird endlich gehandelt?

Sie finden es also korrekt, dass nur Personen ein Asylgesuch stellen dürfen, die mit dem Flugzeug kommen?

Würde das Dublin-System funktionieren, wäre es so. Die meisten Asylsuchenden kommen aus Eritrea, nicht aus Syrien, wie es immer heisst. Sie kommen über ein Drittland und bleiben hier.

Sind Eritreer für Sie keine Flüchtlinge?

Deserteure und Dienstverweigerer sind Kriegsflüchtlinge. Sie dürfen nicht als Flüchtlinge anerkannt werden. Die Aufnahme als solche hat verheerende Folgen. Das Gesetz wird nicht durchgesetzt. Die Eritreer kommen immer noch, auch wenn dort kein Krieg mehr herrscht.

Dafür eine brutale Militärdiktatur.

Ja, und erst noch ein armes Land. Aber es ist eine Illusion, alle aufzunehmen zu wollen, die in Militärdiktaturen leben.

Wollen Sie aus Dublin aussteigen?

Besser wäre es, dafür zu sorgen, dass das Dublin-Verfahren endlich konsequent angewendet wird. Sonst müssen Grenzkontrollen eingeführt werden. Letztlich ist die Bewältigung des Asylproblems aber auch eine Frage der Führung und der Organisation. Die Problemlösung verlangt eine Generalstabsarbeit. Es ist eine tiefe Tragik, dass dies eine Pianistin machen muss, und erst noch, nachdem die Vorgängerin die meisten erfahrenen Leute im Migrationsbereich entlassen hat. Und das Parlament schaut zu und schimpft über die SVP.

Für Bundesrätin Sommaruga ist Ihre Initiative menschenverachtend.

Wenn man seine Arbeit nicht erledigt, beruft man sich gern auf die edle Moral. Damit steht man gut da und glaubt, Kritiker mundtot machen zu können.

Wollen Sie das Asylrecht abschaffen?

Nein. Wer an Leib und Leben verfolgt wird, wird bei uns als Flüchtling aufgenommen.

Dann müssten Sie aber wenigstens die Aufnahme von Syrern unterstützen.

Nein. Für die Flüchtlinge aus Syrien – auch Kriegsflüchtlinge – braucht es Aufnahmegeräte an der Grenze zu ihren Nachbarstaaten, damit sie dort in Sicherheit sind. Für solche Einrichtungen bezahlt die Schweiz Millionen.

Wer dürfte noch kommen, wenn schon Syrer Ihre Kriterien nicht erfüllen?

Das Asylrecht ist für die Einzelnenn gemacht. Es dient nicht der Massenimmigration, es ist nicht dazu da, alle Syrer oder alle Eritreer aufzunehmen.

Die Schweiz kann das Dublin-System nicht ändern.

Ich teile diese Auffassung nicht. Wenn das so wäre, müsste man auch einen Austritt prüfen.